



Seattle-NY-Brasil-London-France-Berlin-Prague-Israel-Sydney...

unabhängiges medienzentrum

# Militarisierung nach Innen

## Tausende demonstrieren gegen den Krieg

H. d., N. m., K. d. 09.10.2001 01:53

In vielen deutschen Städten ist es seit dem Beginn der Angriffe des amerikanischen und englischen Militärs auf Afghanistan zu Friedensdemonstrationen gekommen. Schon wenige Stunden nach den ersten Angriffen gingen am Sonntag abend in Bonn, Berlin, Muenster, Bremen, Goettingen, Leipzig und anderen Orten Leute auf die Strasse, um gegen den Krieg und die damit zwangsläufig zusammenhängende Ermordung unschuldiger Menschen zu protestieren. Termine fuer weitere Aktionen Demos findet ihr bei [linkeseite.de](http://linkeseite.de) bei [protest.net](http://protest.net) und [indymedia.de](http://indymedia.de).

Am Montag den 8. Oktober kam es in rund 30 Städten zu Aktionen und Demonstrationen, u.a. in: Aachen, Bad Toelz, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dresden, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Herne, Karlsruhe, Kiel, Köln, Konstanz, Lüchow, Mannheim, München, Münster, Oldenburg, Paderborn, Potsdam, Siegen. Am Dienstag folgten weitere Aktionen in: Darmstadt, Dresden, Görlitz, Hamburg, Lüchow.

Die USA und Gross-Britannien beschossen seit Sonntag, 7. Oktober, Ziele in Afghanistan, da sie dort die Urheber der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September vermuten. Die Militärschläge werden voraussichtlich viele zivile Opfer fordern, die Armut der Bevölkerung verschlimmern und den Konflikt zwischen den USA und lokalen amerikafeindlichen Gruppen weiter zuspitzen.

<http://de.indymedia.org/2001/10/8656.html>



gk u.a. 09.10.2001 14:55

Nach den Angriffen auf Afghanistan am Sonntag abend wurde nicht nur in Berlin ein defacto-Ausnahmestatus verhängt. Wie mittlerweile von verschiedensten Seiten berichtet, wird in Berlin in Zukunft mit Kontrollstellen der Polizei zu rechnen sein. „Solange der Krieg dauert, sollte jeder seinen Ausweis dabei haben, sonst muss er mit langen Kontrollen über Funk rechnen“, warnte ein leitender Polizeibeamter. Der Regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) teilte über das Inforadio (SFB-Hörfunk) in einem Interview mit, daß die BerlinerInnen künftig mit Kontrollstellen in der Stadt rechnen müssen. Außerdem kündigte er an, daß zukünftig genau geprüft werden müsse, ob geplante Demonstrationen oder Aktionen durchgeführt werden können. Wenn es die Sicherheitslage verlange, würden sie auch abgesagt bzw. verboten. Daß diese Einschränkungen des Demonstrationsrechts auch angewendet werden, zeigt ein Beispiel aus NRW, wo bereits gegen die TeilnehmerInnen einer Mahnwache Strafanzeige gestellt wurde. Die Verhinderung der Mahnwache paßt bestens zur Aussage des Innenministers von NRW Behrens, der heute morgen in einer Pressekonferenz bekannt gab, er rechne nun mit möglichen „Brandanschlägen, Mahnwachen und Kundgebungen ...“ und mit dieser Aufreihung bereits klar machte, wie AktivistInnen und DemonstrantInnen zu behandeln seien.

Die PDS wurde im Bundestag einer Informationssperre unterwor-

fen, da sie sich gegen den Krieg ausgesprochen hat. „Die PDS werde von der Weitergabe vertraulicher Informationen der Regierung künftig ausgeschlossen“ (Quelle: yahoo!) Grundrechte wurden bereits massiv abgebaut, seit langem geplante Repressions-Gesetze wurden ohne große Diskussion eingeführt. Dazu zählen etwa die Rasterfahndung, der Einsatz von Militär für Polizeiaufgaben, die Erweiterung von geheimdienstlichen Befugnissen der Polizei, Einführung neuer „Anti-Terrorgesetze“, Abbau des Datenschutz und so weiter. Ob einzelne Gesetze und Anordnungen gegen die Verfassung verstossen, scheint nicht zu interessieren. In mehreren europäischen Ländern laufen zur Zeit bereits Repressionswellen gegen die Opposition. In Deutschland wurden Lehrer aufgrund kritischer Äußerungen vom Dienst suspendiert. Bundesweit plant Innenminister Schily eine Aufrüstung des Bun-

schranken. Schily: «Aber wir werden an einigen Stellen genauer hinschauen müssen. Zum Beispiel die Frage, wer zu uns kommt; aus welchen Ländern, mit welchem Visum, mit welchem Hintergrund jemand einreist.» Es dürfe nicht zugelassen werden, dass jemand unter dem Deckmantel eines Flüchtlingsschicksals einreise, der Böses im Schilde führe.

Bereits im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Gipfel der Staats- und Finanzchefs der Welt auf denen hinter verschlossenen Türen das Schicksal der Menschen bestimmt wurde- beschleunigte sich der Abbau der Grundrechte massiv. Der 11. September wird sofort als Vorwand genommen nun alles das durchzusetzen, was eigentlich als nicht durchsetzbar galt und letztlich das Ende der Quasi-Demokratie bedeutet.... Freiheiten, die in Jahrhunderten erkämpft worden sind, werden nun mit einem Schlag beseitigt...

Wenn die bürgerlichen Medien als Propagandaorgan nicht mitspielen würden, wäre die Durchführung der Pläne wahrscheinlich unmöglich. Aber



desgrenzschutz (BGS). Er habe angeordnet, dass das BGS-Personal mit den Finanzmitteln aus dem Anti-Terror-Paket der Bundesregierung um mehrere Hundertschaften aufgestockt werde, sagte Schily am Montag in der ARD. Nicht das das alles wäre, täglich verschärft sich die Situation... Auch für Flüchtling wird es in Zukunft noch kälter in Deutschland. Schily plant nun die Möglichkeiten zur Einreise drastisch einzu-

schon beim Lauschangriff gab es von Spiegel und Co erst Proteste als bekannt wurde, daß auch Journalisten abgehört werden dürften... Doch selbst Teile der Bevölkerung so verhetzt daß -unter anderem durch Denunziation- Lehrer wegen Meinungsäußerung suspendiert wurden und arabischen Studenten ihr Job gekündigt wurde. <http://de.indymedia.org/2001/10/8710.html>